

# Bekanntmachungen der Departemente und Ämter

---

# Eidgenössische Volksinitiative „für eine Flexibilisierung der AHV - gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen“

## Zustandekommen

---

*Die Schweizerische Bundeskanzlei,*

gestützt auf die Artikel 68, 69, 71 und 72 des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976<sup>1)</sup> über die politischen Rechte  
sowie auf den Bericht der Sektion Politische Rechte der Bundeskanzlei über die Prüfung der Unterschriftenlisten der am 13. Mai 1996 eingereichten eidgenössischen Volksinitiative „für eine Flexibilisierung der AHV - gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen“<sup>2)</sup>,

*verfügt:*

1. Die in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs abgefasste eidgenössische Volksinitiative „für eine Flexibilisierung der AHV - gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen“ ist zustandegekommen, da sie die nach Artikel 121 Absatz 2 der Bundesverfassung verlangten 100'000 gültigen Unterschriften aufweist.
2. Von insgesamt 146'453 eingereichten Unterschriften sind 143'405 gültig.
3. Veröffentlichung im Bundesblatt und Mitteilung an das Initiativkomitee: Schweizerischer Kaufmännischer Verband, Zentralsekretariat: Frau Rita Schmid Göldi, Frauenbeauftragte, Hans Huber-Strasse 4, Postfach 687, 8027 Zürich.

5. Juli 1996

Schweizerische Bundeskanzlei

Der Bundeskanzler:

i.V. Dr. Hanna Muralt Müller

---

1) SR 161.1

2) BBl 1994 V 257

## Eidgenössische Volksinitiative „für eine Flexibilisierung der AHV - gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen“

### Unterschriften nach Kantonen

Kantone	Unterschriften	
	gültige	ungültige
Zürich .....	45081	917
Bern .....	29433	387
Luzern.....	6980	96
Uri.....	278	7
Schwyz .....	1009	19
Obwalden .....	173	1
Nidwalden .....	314	1
Glarus .....	346	10
Zug .....	1276	0
Freiburg .....	2153	109
Solothurn .....	6950	91
Basel-Stadt .....	3920	34
Basel-Landschaft.....	3455	104
Schaffhausen .....	3606	43
Appenzell A.Rh.....	541	11
Appenzell I.Rh. ....	44	2
St.Gallen.....	5196	98
Graubünden .....	1991	68
Aargau .....	6565	143
Thurgau .....	3286	221
Tessin .....	6493	115
Waadt.....	4903	178
Wallis.....	1781	119
Neuenburg .....	3682	88
Genf.....	2918	112
Jura .....	1031	74
<b>Schweiz .....</b>	<b>143'405</b>	<b>3'048</b>

## Zusicherung von Bundesbeiträgen an forstliche Projekte

### Verfügungen der Eidgenössischen Forstdirektion

- Gemeinde Trub BE, Erschliessungsanlagen WH Altösch, Projekt-Nr. 421.1-BE-2027/1
- Gemeinde Jens BE, Erschliessungsanlagen WH Jens, Projekt-Nr. 421.1-BE-2028/1
- Gemeinde Rüti b. Riggisberg BE, Erschliessungsanlagen Stalenrutsch, Projekt-Nr. 421.1-BE-2029/1

### *Rechtsmittel*

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit Veröffentlichung im Bundesblatt beim Eidgenössischen Departement des Innern, 3003 Bern, Beschwerde erhoben werden (Art. 46 Abs. 1 und 3 WaG; Art. 14 FWG). Die Eingabe ist im Doppel einzureichen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift des Beschwerdeführers oder seines Vertreters zu enthalten.

Wer zur Beschwerde berechtigt ist, kann innerhalb der Beschwerdefrist bei der Eidgenössischen Forstdirektion, Worbentalstrasse 32, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (Tel. 031 / 324 78 53 / 324 77 78) Einsicht in die Verfügung und die Projektunterlagen nehmen.

23. Juli 1996

Eidgenössische Forstdirektion

## **Sonderbewilligung zur Offenbarung des Berufsgeheimnisses zu Forschungszwecken im Bereich der Medizin und des Gesundheitswesens**

Die Expertenkommission für das Berufsgeheimnis in der medizinischen Forschung hat an der Plenarsitzung vom 26. April 1996, gestützt auf Artikel 321<sup>bis</sup> des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB, SR 311.0) und die Artikel 1, 2, 9 Absatz 5, 10 und 11 der Verordnung vom 14. Juni 1993 über die Offenbarung des Berufsgeheimnisses im Bereich der medizinischen Forschung (VOBG, SR 235.154),

in Sachen Dr. K. M. Bachmann, Oberarzt an der Psychiatrischen Universitätsklinik Bern (Projekt «Qualitätskontrolle der Behandlung in der Psychiatrie») betreffend Gesuch vom 8. Januar 1996 für eine Sonderbewilligung zur Offenbarung des Berufsgeheimnisses im Sinne von Artikel 321<sup>bis</sup> Strafgesetzbuch (StGB; SR 311.0) zu Forschungszwecken im Bereich der Medizin

verfügt:

### **1. Bewilligungsnehmer**

- a. Herrn Dr. K. M. Bachmann, Oberarzt an der Psychiatrischen Universitätsklinik Bern, wird als verantwortlichem Forschungsleiter unter nachfolgenden Bedingungen und Auflagen eine Sonderbewilligung gemäss Artikel 321<sup>bis</sup> des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.0) sowie Artikel 2 der Verordnung vom 14. Juni 1993 über die Offenbarung des Berufsgeheimnisses im Bereich der medizinischen Forschung (VOBG; SR 235.154) zur Entgegennahme nicht anonymisierter Daten gemäss Ziffer 2 Buchstabe a im Rahmen des unter Ziffer 3 umschriebenen Zwecks erteilt. Er muss eine Erklärung über die ihm gemäss Artikel 321<sup>bis</sup> StGB auferlegte Schweigepflicht unterzeichnen.
- b. Frau V. Hercek, Psychologin und Forschungsmitarbeiterin, wird unter nachfolgenden Bedingungen und Auflagen eine Sonderbewilligung gemäss Artikel 321<sup>bis</sup> StGB sowie Artikel 2 VOBG zur Entgegennahme nicht anonymisierter Daten gemäss Ziffer 2 Buchstabe a im Rahmen des unter Ziffer 3 umschriebenen Zwecks erteilt. Sie muss eine Erklärung über die ihr gemäss Artikel 321<sup>bis</sup> StGB auferlegte Schweigepflicht unterzeichnen.

### **2. Sonderbewilligung für die Offenbarung von Personendaten aus den Psychiatrischen Universitätskliniken Zürich und Bern**

- a. Sämtlichen in den Psychiatrischen Universitätskliniken Zürich und Bern tätigen Ärzten und Ärztinnen und deren Hilfspersonal wird die Bewilligung erteilt, den Bewilligungsnehmern gemäss Ziffer 1 Name und Adresse von Patienten und Patientinnen bekanntzugeben, die während zweier Jahre nach Forschungsbeginn aus den beiden Kliniken ausgetreten sind. Der Zweck, dem die Datenbekanntgabe dienen darf, wird nachfolgend in Ziffer 3 umschrieben.
- b. Mit der Bewilligungserteilung entsteht für niemanden die Pflicht zur Datenbekanntgabe.

### *3. Zweck der Datenbekanntgabe*

Die Bekanntgabe von Daten, die dem medizinischen Berufsgeheimnis gemäss Artikel 321 StGB unterstehen, darf nur dem Forschungsprojekt betreffend «Qualitätskontrolle der Behandlung in der Psychiatrie» dienen.

### *4. Art und Dauer der Datenaufbewahrung / Zugriffsberechtigung*

Die Bewilligungsnehmer gemäss Ziffer 1 haben die Listen mit Namen und Adressen von Patienten und Patientinnen unter Verschluss aufzubewahren und vor unbefugtem Zugriff zu schützen. Die Daten sind umgehend zu vernichten, sobald ein Patient oder eine Patientin nach sechs Telefonaten nicht erreicht werden kann, die Zustellung eines Fragebogens ablehnt oder nach Ablauf einer 14tägigen Frist ab Versand der Fragebögen nochmals telefonisch kontaktiert wurde zur Verdankung der Mitarbeit oder nochmaligen Aufforderung zur Rücksendung des Fragebogens.

### *5. Verantwortlichkeit für den Schutz der bekanntgegebenen Daten*

Für den Schutz der bekanntgegebenen Daten ist der Projektleiter, Dr. K. M. Bachmann, verantwortlich.

### *6. Auflage*

Die Bewilligungsnehmer gemäss Ziffer 1 werden verpflichtet, die Ärzte und Ärztinnen der Psychiatrischen Universitätskliniken Zürich und Bern schriftlich über den Umfang der erteilten Bewilligung zu orientieren. Dieses Schreiben ist dem Sekretariat der Expertenkommission zu Händen des Präsidenten so bald als möglich, d. h. vor Beginn der Forschungstätigkeit, zur Genehmigung zuzustellen.

### *7. Rechtsmittelbelehrung*

Gegen diese Verfügung kann nach Massgabe von Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe c des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (DSG; SR 235.1) und Artikel 44 ff. des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren (VwVG; SR 172.021) innert 30 Tagen seit deren Eröffnung bzw. Publikation bei der Eidgenössischen Datenschutzkommission, Postfach 5931, 3001 Bern, Verwaltungsbeschwerden erhoben werden. Die Beschwerde ist im Doppel einzureichen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift der beschwerdeführenden Partei oder ihres Vertreters oder ihrer Vertreterin zu enthalten.

### *8. Mitteilung und Publikation*

Diese Verfügung wird den Bewilligungsnehmern gemäss Ziffer 1 und dem Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten schriftlich mitgeteilt. Das Verfügungsdispositiv wird im Bundesblatt veröffentlicht. Wer zur Beschwerde legitimiert ist, kann innert der Beschwerdefrist beim Sekretariat der Expertenkommission, Bundesamt für Gesundheitswesen, Bollwerk 21, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (031/322 94 94) Einsicht in die vollständige Verfügung nehmen.

23. Juli 1996

Im Namen der Expertenkommission  
für das Berufsgeheimnis  
in der medizinischen Forschung  
Der Präsident: Prof. Dr. iur. Mark Pieth

# Sonderbewilligung zur Offenbarung des Berufsgeheimnisses zu Forschungszwecken im Bereich der Medizin und des Gesundheitswesens

Die Expertenkommission für das Berufsgeheimnis in der medizinischen Forschung hat an der Plenarsitzung vom 26. April 1996, gestützt auf Artikel 321<sup>bis</sup> des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB, SR 311.0) und die Artikel 1, 2, 9 Absatz 5 und 10 der Verordnung vom 14. Juni 1993 über die Offenbarung des Berufsgeheimnisses im Bereich der medizinischen Forschung (VOBG, SR 235.154)

in Sachen Dr. med. F. Langeegger, Chefarzt der Klinik am Zürichberg (Projekt «Modalitäten psychiatrischer Klinikwiederaufnahmen»), betreffend Gesuch vom 5. Dezember 1995 für eine Sonderbewilligung zur Offenbarung des Berufsgeheimnisses im Sinne von Artikel 321<sup>bis</sup> Strafgesetzbuch (StGB; SR 311.0) zu Forschungszwecken im Bereich der Medizin

verfügt:

## 1. Beurteilung

Das Gesuch um Erteilung einer Sonderbewilligung wird abgewiesen.

## 2. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Verfügung kann nach Massgabe von Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe c des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (DSG; SR 235.1) und Artikel 44 ff. des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren (VwVG; SR 172.021) innert 30 Tagen seit deren Eröffnung bzw. Publikation bei der Eidgenössischen Datenschutzkommission, Postfach 5931, 3001 Bern, Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist im Doppel einzureichen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift der beschwerdeführenden Partei oder ihres Vertreters oder ihrer Vertreterin zu enthalten.

## 3. Mitteilung und Publikation

Diese Verfügung wird dem Gesuchsteller Dr. med. F. Langeegger, Chefarzt der Klinik am Zürichberg, und dem Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten schriftlich mitgeteilt. Das Verfügungsdispositiv wird im Bundesblatt veröffentlicht. Wer zur Beschwerde legitimiert ist, kann innert der Beschwerdefrist beim Sekretariat der Expertenkommission, Bundesamt für Gesundheitswesen, Bollwerk 21, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (031/322 94 94) Einsicht in die vollständige Verfügung nehmen.

23. Juli 1996

Im Namen der Expertenkommission  
für das Berufsgeheimnis  
in der medizinischen Forschung  
Der Präsident: Prof. Dr. iur. Mark Pieth

# Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung Ausgleichsfonds der Erwerbersatzordnung Rechnung der Invalidenversicherung

## Jahresrechnung 1995

Vom Bundesrat genehmigt am 27. Juni 1996

### Betriebsrechnungen

	1995 Fr.	1994 Fr.
<b>Betriebsrechnung AHV</b>		
<i>A. Ertrag</i>		
Beiträge Versicherte und Arbeitgeber	18 645 968 126	18 306 905 696
Beiträge der öffentlichen Hand	4 808 679 227	4 584 912 163
Ertrag der Anlagen	1 046 141 678	1 019 295 391
Einnahmen aus Regress	10 863 499	12 293 397
<i>Total</i>	24 511 652 530	23 923 406 647
<i>B. Aufwand</i>		
Geldleistungen	24 130 824 142	22 991 724 570
Kosten für indiv. Massnahmen	57 149 734	53 000 428
Beiträge an Institutionen	227 671 068	235 777 167
Durchführungskosten	11 235 243	10 369 794
Verwaltungskosten	75 943 924	71 737 794
<i>Total</i>	24 502 824 111	23 362 609 753
<i>C. Betriebsergebnis</i>	+ 8 828 419	+ 560 796 894
<b>Betriebsrechnung IV</b>		
<i>A. Ertrag</i>		
Beiträge Versicherte und Arbeitgeber	3 130 704 724	2 634 086 789
Beiträge der öffentlichen Hand	3 285 101 665	3 078 061 738
Einnahmen aus Regress	67 480 128	58 500 018
<i>Total</i>	6 483 286 517	5 770 648 545
<i>B. Aufwand</i>		
Geldleistungen	4 238 406 295	3 944 055 786
Kosten für individuelle Massnahmen	1 135 748 540	1 045 876 282
Beiträge an Institutionen	1 196 482 502	1 188 855 723
Zinsen	55 796 505	32 487 852
Durchführungskosten	39 145 545	45 473 735
Verwaltungskosten	160 605 889	139 223 064
<i>Total</i>	6 826 185 276	6 395 972 442
<i>C. Betriebsergebnis</i>	- 342 898 759	- 625 323 897

	1995 Fr.	1994 Fr.
<b>Betriebsrechnung EO</b>		
<i>A. Ertrag</i>		
Paritätische und persönliche Beiträge	668 686 416	1 094 364 561
Zinsen	191 126 478	171 421 450
<i>Total</i>	<i>859 812 894</i>	<i>1 265 786 011</i>
<i>B. Aufwand</i>		
Geldleistungen	618 934 908	808 044 044
Verwaltungskosten	1 925 846	1 894 793
<i>Total</i>	<i>620 860 754</i>	<i>809 938 837</i>
<i>C. Betriebsergebnis</i>	<i>+ 238 952 140</i>	<i>+ 455 847 174</i>

### Bilanz am 31. Dezember 1995

	1995 Fr.	1994 Fr.
<b>A. Vermögen</b>		
<i>Kapitalanlagen</i>		
Eidgenossenschaft	1 090 300 000	1 138 000 000
Kantone	4 167 100 000	3 952 700 000
Gemeinden/Städte	3 100 735 000	3 001 290 880
Öffentl.-rechtl. Institutionen	559 280 000	529 820 000
Pfandbriefinstitute	3 845 050 000	3 943 250 000
Kantonalbanken	4 458 000 000	4 596 400 000
Übrige Banken	1 589 500 000	1 812 600 000
Gemischtwirtsch. Unternehmungen	1 161 250 000	1 203 650 000
<i>Verfügbare Geldmittel</i>	<i>3 554 462 290</i>	<i>3 876 065 199</i>
Depotgelder	3 500 000 000	3 831 000 000
Postcheck	26 618 308	9 141 832
Schweiz. Nationalbank	27 481 357	35 212 945
Eidg. Kassen- und Rechnungswesen	362 625	710 422
<i>Kontokorrente</i>	<i>2 730 531 093</i>	<i>1 941 486 929</i>
Ausgleichskassen, Debitoren	3 578 640 953	2 835 032 000
Ausgleichskassen, Kreditoren	- 27 793 097	- 74 499 785
Darlehen an Institutionen	24 957 170	30 994 892
Bund, Beiträge an AHV, IV und FL <sup>1)</sup>	- 4 550 973	- 47 724 603
Kantone, Beiträge an AHV, IV und FL	- 43 286 859	- 2 076 626
Arbeitslosenversicherung, Beiträge	- 828 218 436	- 481 135 852
Arbeitslosenversicherung, Anlagen	-	- 350 000 000
Übrige Kontokorrente, Debitoren	32 096 327	26 665 810
Übrige Kontokorrente, Kreditoren	- 1 313 992	- 77 841

<sup>1)</sup> FL = Familienzulagen in der Landwirtschaft

	1995 Fr.	1994 Fr.
<i>Abgrenzungskonten</i>	788 446 257	1 144 509 833
Beitragsabgrenzungen	794 146 085	1 157 694 789
Aufwandabgrenzungen	- 5 699 828	- 13 184 956
<i>Total</i>	27 044 654 640	27 139 772 841
<b>B. Kapital</b>		
Alters- und Hinterlassenenversicherung	23 835 538 191	23 826 709 771
Invalidenversicherung	- 1 148 076 018	- 805 177 258
Erwerbsersatzordnung	4 357 192 467	4 118 240 328
<i>Total</i>	27 044 654 640	27 139 772 841

1. März 1996

Zentrale Ausgleichsstelle

# Zulassung zur Eichung von Gasmengenmessgeräten

vom 23. Juli 1996

Gestützt auf Artikel 17 des Bundesgesetzes vom 9. Juni 1977 über das Messwesen und Artikel 10 der Verordnung vom 17. Dezember 1984 über die Qualifizierung von Messmitteln (Eichverordnung) haben wir die folgende Bauart zur Eichung zugelassen. Gegen diese ordentliche Zulassung können Betroffene binnen 30 Tagen seit der Eröffnung beim Eidgenössischen Amt für Messwesen, 3084 Wabern, schriftlich Einsprache erheben.

Fabrikant: *Elster Produktion GmbH, Mainz-Kastel (D)*



Drehkolbengaszähler  
Typ: RVG

Grösse G	Q <sub>max</sub> m <sup>3</sup> /h	Q <sub>min</sub> m <sup>3</sup> /h	Messbereich					DN mm
			1:30	1:50	1:65	1:80	1:100	
16	25	0.8	—	—	—	—	—	32
25	40	1.3	0.8	—	—	—	—	32
16	25	0.8	—	—	—	—	—	40
25	40	1.3	0.8	—	—	—	—	40
40	65	2	1.3	1	—	—	—	40
65	100	3	2	1.6	1.3	1	—	40
16	25	0.8	—	—	—	—	—	50
25	40	1.3	0.8	—	—	—	—	50
40	65	2	1.3	1	—	—	—	50
65	100	3	2	1.6	1.3	1	—	50
100	160	5	3	2.5	2	1.6	—	50
100	160	5	3	2.5	2	1.6	—	80
160	250	8	5	4	3	2.5	—	80
160	250	8	5	4	3	2.5	—	100
250	400	13	8	6	5	4	—	100

23. Juli 1996

Eidgenössisches Amt für Messwesen  
Der Direktor: Piller

8431

318

# Zulassung zur Eichung von Wärme- und Warmwasserzählern

vom 23. Juli 1996

---

Gestützt auf Artikel 17 des Bundesgesetzes vom 9. Juni 1977 über das Messwesen und nach Artikel 10 der Verordnung vom 17. Dezember 1984 über die Qualifizierung von Messmitteln (Eichverordnung), haben wir die folgenden Bauarten zur Eichung zugelassen. Gegen diese ordentliche Zulassung können Betroffene binnen 30 Tagen seit der Eröffnung beim Eidgenössischen Amt für Messwesen, 3084 Wabern, schriftlich Einsprache erheben.

**Fabrikant:** SVM, Svensk Värmemätning AB, Spanga (S)



Wärmerechner, Typ EnerCal 822, mit dazugehörenden Widerstands-Temperaturfühlern Pt100 als Teilgerät eines Wärmezählers.

Neue Bezeichnung.

6. Ergänzung

Zugelassene hydraulische Geber: System-Nummern ZW102, ZW103, ZW114, ZW120, ZW121, ZW129 und ZW130.

Klasse 4

**Fabrikant:** SVM, Svensk Värmemätning AB, Spanga (S)



Wärmerechner, Typ EnerCal 840, mit dazugehörenden Widerstands-Temperaturfühlern Pt100 als Teilgerät eines Wärmezählers.

Neue Bezeichnung.

1. Ergänzung

Zugelassene hydraulische Geber: System-Nummern ZW102, ZW103, ZW114, ZW120, ZW121, ZW129 und ZW130.

Klasse 4

**Fabrikant:** Gas- & Wassermesserfabrik AG, Luzern (CH)



Einstrahl-Flügelradzähler für Warmwasser, Typ Unico 2.  
Erweiterter Durchflussbereich.

2. Ergänzung

**Fabrikant:** Gas- & Wassermesserfabrik AG, Luzern (CH)



Einstrahl-Flügelradzähler für Warmwasser, Typ Unico 2W.  
Weiterentwicklung des Modells Unico 2.

3. Ergänzung

*Fabrikant: Gas- & Wassermesserfabrik AG, Luzern (CH)*



Hydraulischer Geber als Teilgerät eines Wärmezählers, Mehrstrahl-Flügelradzähler, Typ MAW ...  
Erweiterter Durchflussbereich.

2. Ergänzung

*Fabrikant: Gas- & Wassermesserfabrik AG, Luzern (CH)*



Hydraulischer Geber als Teilgerät eines Wärmezählers, Einstrahl-Flügelradzähler, Typ Unico 2.  
Erweiterter Durchflussbereich.

1. Ergänzung

23. Juli 1996

Eidgenössisches Amt für Messwesen  
Der Direktor: Piller

8432

## Entscheid in den Widerspruchsverfahren 468/95

*Widersprechende/r Bally Schuhfabriken AG, 5012 Schönenwerd, Schweizer Marke Nr. 335182 BALLY, Vertreter/in E. Blum & Co., Patentanwälte VSP, Vorderberg 11, 8044 Zürich*

*gegen Widerspruchsgegner/in Casino France S. N. C., Société en nom collectif, 24, rue de la Montat, F-42000 Saint-Etienne, Internationale Marke Nr. 4622016 RALLYE DISCOUNT*

Das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum hat am 12. Juli 1996 folgendes verfügt:

1. Der Widerspruch wird abgewiesen.
2. Die gegen die angefochtene Marke erlassene teilweise provisorische Schutzverweigerung wird nach Rechtskraft dieses Entscheides für die im Rahmen des Widerspruchs in Frage stehenden Waren und Dienstleistungen aufgehoben und die Marke RALLYE DISCOUNT für die vom Widerspruch betroffenen Waren und Dienstleistungen in der Schweiz zum Schutz zugelassen.
3. Der Widerspruchsgegner/in wird keine Parteientschädigung zugesprochen.

### *Rechtsmittel*

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen nach ihrer Eröffnung bei der Rekurskommission für geistiges Eigentum, Einsteinstrasse 2, 3003 Bern, Beschwerde geführt werden.

12. Juli 1996

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum  
Markenabteilung

## Entscheid in den Widerspruchsverfahren 706/95

*Widersprechende/r Apple Corps Limited., 27 Ovington Square, London SW3 1LJ, England, Schweizer Marke Nr. 354184 THE BEATLES, Vertreter/in A. Braun, Braun Héritier Eschmann AG, Holbeinstrasse 36-38, 4051 Basel*

*gegen Widerspruchsgegner/in Anton Gruber, 1/II/12 Lazarettgasse, A-8020 Graz, Internationale Marke Nr. 629890 THE BEATLES DOUBLE GROUP*

Das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum hat am 10. Juli 1996 folgendes verfügt:

1. Der Widerspruch wird abgewiesen.
2. Die gegen die angefochtene Marke ergangene provisorische Schutzverweigerung wird nach Rechtskraft dieses Entscheides zurückgezogen. Die angefochtene Marke wird in der Schweiz zum Schutz zugelassen.
3. Es wird keine Parteientschädigung zugesprochen.

### *Rechtsmittel*

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen nach ihrer Eröffnung bei der Rekurskommission für geistiges Eigentum, Einsteinstrasse 2, 3003 Bern, Beschwerde geführt werden.

12. Juli 1996

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum  
Markenabteilung

## Entscheid in den Widerspruchsverfahren 736/95

*Widersprechende Piaggio Veicoli Europei S.p.A., 23, viale Rinaldo Piaggio, I-56025 Pontedera, Internationale Marke Nr. 437943 VESPA, Vertreterin E. Blum & Co., Patentanwälte VSP, Vorderberg 11, 8044 Zürich*

gegen *Widerspruchsgegnerin Régie Nationale des Usines Renault S.A., F-92109 Boulogne-Billancourt, Internationale Marke Nr. 632967 VESTA*

Das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum hat am 12. Juli 1996 folgendes verfügt:

1. Der Widerspruch wird gutgeheissen.
2. Gegen die angefochtene Marke wird nach Rechtskraft dieses Entscheides eine definitive Schutzverweigerung erlassen.
3. Die Widerspruchsgegnerin hat der Widersprechenden eine Parteientschädigung von 1500 Franken (inkl. Aufwendung für die Widerspruchsgebühr) zu bezahlen.

### *Rechtsmittel*

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen nach ihrer Eröffnung bei der Rekurskommission für geistiges Eigentum, Einsteinstrasse 2, 3003 Bern, Beschwerde geführt werden.

12. Juli 1996

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum  
Markenabteilung

---

## Gesuche um Erteilung von Arbeitszeitbewilligungen

---

### Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit (Art. 10 ArG)

- Ernst Nachbur AG, 4718 Holderbank  
Drehmaschinen  
1 M  
18. August 1996 bis auf weiteres (Aenderung)
- Hegnauer Bäckerei AG, 8603 Schwerzenbach  
Bäckerei in Hegnau  
11 M, 5 F  
1. September 1996 bis 4. September 1999 (Erneuerung)
- Armin Chr. Stooss AG, 8908 Hedingen  
Schmiede  
6 M  
2. September 1996 bis 4. September 1999 (Erneuerung)

### Zweischichtige Tagesarbeit (Art. 23 ArG)

- NAW Nutzfahrzeuge AG, 9320 Arbon  
Teilefertigung Halle 3  
36 M  
1. Juli 1996 bis 5. Juli 1997
- Burri AG Zürich, 8152 Glattbrugg  
Metallbau-Abteilung  
2 M  
1. Juli 1996 bis 5. Juli 1997
- Biplast AG Bischofszell, 9220 Bischofszell  
Kunststoff-Flaschen-Blaserei in Bischofszell und  
Sitterdorf  
24 M oder F  
1. Juli 1996 bis auf weiteres (Aenderung)
- KERO, Peter Keller, 8590 Romanshorn  
Produktion  
bis 10 M oder F  
22. Juli 1996 bis 24. Juli 1999 (Erneuerung)
- Huber & Suhner AG, 8330 Pfäffikon ZH  
Kabelherstellung in den Werken Dorf und Witzberg  
bis 120 M, bis 10 F  
1. Juli 1996 bis 3. Juli 1999 (Erneuerung)
- Neue Schoop AG, 9107 Urnäsch  
Druck und Druckvorbereitung  
18 M  
16. September 1996 bis 18. September 1999 (Erneuerung)

Nachtarbeit oder dreischichtige Arbeit (Art. 17 oder 24 ArG)

- Vetro-Recycling AG, 6242 Wauwil  
Altglasaufbereitungsanlage  
18 M  
2. September 1996 bis 27. Dezember 1997
- Bächler-Sidler AG, 6002 Luzern  
Formulardruckerei  
6 M  
9. September 1996 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Rohner AG, 4133 Pratteln  
Produktions- und Energiebetriebe  
105 M  
5. August 1996 bis 8. August 1999 (Erneuerung)
- Symalit AG, 5600 Lenzburg  
verschiedene Betriebsteile  
bis 27 M  
28. Juli 1996 bis 31. Juli 1999 (Erneuerung)  
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- Von Roll Maschinen und Födertechnik AG, 3001 Bern  
Gross-Stahlbau und mechanische Bearbeitung  
bis 20 M  
11. August 1996 bis 14. August 1999 (Erneuerung)
- Dihart AG, 4657 Dulliken  
Zerspannung und Schleiferei sowie Schärferei  
bis 10 M  
7. Juli 1996 bis 10. Juli 1999 (Erneuerung)
- Biplast AG Bischofszell, 9220 Bischofszell  
Kunststoff-Flaschen-Blaserei in Bischofszell und  
Sitterdorf  
bis 10 M  
25. August 1996 bis 28. August 1999 (Erneuerung)  
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- KERO, Peter Keller, 8590 Romanshorn  
Produktion  
4 M  
21. Juli 1996 bis 24. Juli 1999 (Erneuerung)
- Daniel Jenny & Cie, 8773 Haslen GL  
Weberei, Spulerei  
bis 5 M  
25. August 1996 bis 28. August 1999 (Erneuerung)  
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- Hegnauer Bäckerei AG, 8603 Schwerzenbach  
Bäckerei in Hegnau  
19 M  
1. September 1996 bis 4. September 1999 (Erneuerung)  
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG

- Neue Schoop AG, 9107 Urnäsch  
Druckerei  
2 M  
16. September 1996 bis 18. September 1999 (Erneuerung)

#### Sonntagsarbeit (Art. 19 ArG)

- Symalit AG, 5600 Lenzburg  
verschiedene Betriebsteile  
bis 27 M  
28. Juli 1996 bis 31. Juli 1999 (Erneuerung)  
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- Ernst Nachbur AG, 4718 Holderbank  
Drehmaschinen  
1 M  
18. August 1996 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Huber & Suhner AG, 8330 Pfäffikon ZH  
Kabelherstellung in den Werken Dorf und Witzberg  
2 M  
1. Juli 1996 bis 3. Juli 1999
- Hegnauer Bäckerei AG, 8603 Schwerzenbach  
Bäckerei in Hegnau  
bis 19 M  
1. September 1996 bis 4. September 1999 (Erneuerung)

#### Ununterbrochener Betrieb (Art. 25 ArG)

- Wander AG, 3001 Bern  
verschiedene Betriebsteile im Werk Neuenegg  
16 M  
1. Juli 1996 bis 14. März 1998 (Aenderung)
- Elektrizitätswerk Altdorf AG, 6460 Altdorf  
Netzleitstelle Bürglen  
8 M  
14. Juli 1996 bis auf weiteres (Aenderung)
- Rohner AG, 4133 Pratteln  
Produktions- und Energiebetriebe  
140 M  
5. August 1996 bis 8. August 1999 (Erneuerung)

(M = Männer, F = Frauen, J = Jugendliche)

#### Rechtsmittel

Wer durch die Erteilung einer Arbeitszeitbewilligung in seinen Rechten oder Pflichten berührt ist und wer berechtigt ist, dagegen Beschwerde zu führen, kann innert zehn Tagen seit Publikation des Gesuches beim Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Abteilung Arbeitnehmerschutz und Arbeitsrecht, Gurtengasse 3, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (Tel. 031 322 29 45/29 50) Einsicht in die Gesuchsunterlagen nehmen.

---

## Erteilte Arbeitszeitbewilligungen

---

### Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit

Begründung: Erledigung dringender Aufträge, wirtschaftliche Betriebsweise (Art. 10 Abs. 2 ArG)

- Hüppenbäckerei Gottlieben AG, 8274 Gottlieben  
Bäckerei  
2 M, 8 F  
1. Juli 1996 bis 31. August 1996
- Erowa AG, 5734 Reinach  
Betrieb Büron / LU  
bis 3 M  
5. August 1996 bis 7. August 1999 (Erneuerung)

### Zweischichtige Tagesarbeit

Begründung: Erledigung dringender Aufträge, wirtschaftliche Betriebsweise (Art. 23 Abs. 1 ArG)

- Müller Martini Druckverarbeitungs-Systeme AG,  
4800 Zofingen  
Fertigung  
bis 60 M  
1. Juli 1996 bis 3. Juli 1999 (Erneuerung / Aenderung)
- Sihelco AG, 4127 Birsfelden  
verschiedene Betriebsteile  
bis 8 M  
29. April 1996 bis 1. Mai 1999 (Erneuerung / Aenderung)

### Nachtarbeit oder dreischichtige Arbeit

Begründung: technisch oder wirtschaftlich unentbehrliche Betriebsweise (Art. 17 Abs. 2 und Art. 24 Abs. 2 ArG)

- Müller Martini Druckverarbeitungs-Systeme AG,  
4800 Zofingen  
Kubische Grossinsel  
bis 6 M  
1. Juli 1996 bis 5. Juli 1997
- Ringier AG, 4800 Zofingen  
Plattenkopie und Formenmontage für "Time Magazine"  
12 M oder 12 F  
16. Juni 1996 bis 21. Juni 1997
- Erowa AG, 5734 Reinach  
Betrieb Büron / LU  
bis 3 M  
5. August 1996 bis 7. August 1999 (Erneuerung)

Knoll AG, 4410 Liestal  
Bereiche Chemie und Lager  
bis 6 M

2. Juni 1996 bis 5. Juni 1999 (Erneuerung)

- SRK, 3000 Bern 22  
Zellpräparate  
bis 24 M oder bis 24 F  
21. Juli 1996 bis 24. Juli 1999 (Erneuerung)
- Sihelco AG, 4127 Birsfelden  
Drehofen und Mahlanlage  
bis 9 M  
29. April 1996 bis 1. Mai 1999 (Aenderung / Erneuerung)

### Sonntagsarbeit

Begründung: technisch oder wirtschaftlich unentbehrliche Betriebsweise (Art. 19 Abs. 2 ArG)

- Müller Martini Druckverarbeitungs-Systeme AG,  
4800 Zofingen  
Kubische Grossinsel  
bis 2 M  
1. Juli 1996 bis 5. Juli 1997
- Erowa AG, 5734 Reinach  
Betrieb Büron / LU  
bis 3 M  
5. August 1996 bis 7. August 1999 (Erneuerung)
- SRK, 3000 Bern 22  
Zellpräparate  
bis 16 M oder bis 16 F  
21. Juli 1996 bis 24. Juli 1999 (Erneuerung)

(M = Männer, F = Frauen, J = Jugendliche)

### Rechtsmittel

Gegen diese Verfügung kann nach Massgabe von Artikel 55 ArG und Artikel 44 ff VwVG innert 30 Tagen seit der Publikation bei der Rekurskommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, 3202 Frauenkappelen, Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Eingabe ist im Doppel einzureichen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift des Beschwerdeführers oder seines Vertreters zu enthalten.

Wer zur Beschwerde berechtigt ist, kann innerhalb der Beschwerdefrist beim Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Abteilung Arbeitnehmerschutz und Arbeitsrecht, Gurten-gasse 3, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (Tel. 031 322 29 45/29 50) Einsicht in die Bewilligungen und deren Begründung nehmen.

23. Juli 1996

Bundesamt für Industrie,  
Gewerbe und Arbeit

Abteilung Arbeitnehmerschutz  
und Arbeitsrecht

## Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung

Der Verband Schweizerischer Unternehmungen für Bau und Unterhalt von Tankanlagen hat, gestützt auf Artikel 51 des Bundesgesetzes vom 19. April 1978 über die Berufsbildung (SR 412.10) und Artikel 45 Absatz 2 der zugehörigen Verordnung vom 7. November (SR 412.101), den Entwurf zu einem Reglement über die Berufsprüfung für Equipenchefs des Tankrevisionsgewerbes eingereicht. Das vorgesehene Reglement soll das bisherige vom 1. Juni 1995 ablösen.

Der Verband Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen und der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke haben, gestützt auf Artikel 51 des Bundesgesetzes vom 19. April 1978 über die Berufsbildung (SR 412.10) und Artikel 45 Absatz 2 der zugehörigen Verordnung vom 7. November 1979 (SR 412.101), den Entwurf der Änderung von Artikel 15 und 16 des Reglementes über die drei Berufsprüfungen und der höheren Fachprüfung im Elektro-Installationsgewerbe eingereicht.

Interessenten können diese Entwürfe bei der folgenden Amtsstelle beziehen: Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Abteilung Berufsbildung, Bundesgasse 8, 3003 Bern.

Einsprachen sind innert 30 Tagen dieser Amtsstelle zu unterbreiten.

23. Juli 1996

Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit:  
Abteilung Berufsbildung

## **Zusicherung von Bundesbeiträgen an Bodenverbesserungen und landwirtschaftliche Hochbauten**

### **Verfügungen des Bundesamtes für Landwirtschaft, Abteilung Strukturverbesserungen**

- Gemeinde Adelboden BE, Güterweg Spenn-Büdemli,  
Projekt-Nr. BE7342
- Gemeinde Ebersecken LU, Hoferschliessung Unter Goldbach - Ober Goldbach und  
Zitmacherhus - Gibel,  
Projekt-Nr. LU3766
- Gemeinde Werthenstein LU, Güterweg Ärnihof - Sulzig,  
Projekt-Nr. LU3814
- Gemeinde Hasle LU, Hofzufahrt Graben,  
Projekt-Nr. LU3866
- Gemeinde Marbach LU, Hofzufahrt Ober Sagen,  
Projekt-Nr. LU3867
- Gemeinde Marbach LU, Hofzufahrten Chadlenbach und Geissenmoos,  
Projekt-Nr. LU3868
- Gemeinde Schwarzenberg LU, Zufahrt Hubel,  
Projekt-Nr. LU3877
- Gemeinde Flühli LU, Alpweg Chneubrächen,  
Projekt-Nr. LU3888
- Gemeinde Muotathal SZ, Personenseilbahn Sali - Glattalp,  
Projekt-Nr. SZ2455
- Gemeinde Sattel SZ, Sanierung Güterweg Sunnenberg-Morgarten,  
Projekt-Nr. SZ2456
- Gemeinde Oberägeri ZG, Gebäuderationalisierung Siedlung I/II,  
Projekt-Nr. ZG589
- Gemeinde Schänis SG, Gebäuderationalisierung Gräberberg,  
Projekt-Nr. SG4854
- Gemeinde St. Gallenkappel SG, Gebäuderationalisierung Eichholz,  
Projekt-Nr. SG4974

- Gemeinde Medel (Lucmagn) GR, Gebäuderationalisierung Cuntera, Projekt-Nr. GR4020
- Gemeinde Peist GR, Gebäuderationalisierung Hinter Gatisch, Projekt-Nr. GR4041

### *Rechtsmittelbelehrung*

Gegen diese Verfügungen kann nach Massgabe von Artikel 68 der Bodenverbesserungsverordnung vom 14. Juni 1971 (SR 913.1), Artikel 44ff. des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren (SR 172.021), Artikel 12 des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (SR 451) und Artikel 14 des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1985 über Fuss- und Wanderwege (SR 704) innert 30 Tagen seit der Veröffentlichung im Bundesblatt bei der Rekurskommission EVD, 3202 Frauenkappelen, Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Eingabe ist im Doppel einzureichen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift des Beschwerdeführers oder seines Vertreters zu enthalten.

Wer zur Beschwerde berechtigt ist, kann innerhalb der Beschwerdefrist beim Bundesamt für Landwirtschaft, Abteilung Strukturverbesserungen, Mattenhofstrasse 5, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (Tel. 031 322 26 55) Einsicht in die Verfügungen und die Projektunterlagen nehmen.

23. Juli 1996

Bundesamt für Landwirtschaft  
Abteilung Strukturverbesserungen

## Zusicherungen von Bundesbeiträgen an Gewässerkorrekturen

### Verfügungen des Bundesamtes für Wasserwirtschaft

- Kanton Solothurn, Gemeinde Hofstetten-Flüh. Sanierung Talbächli (Hochwasserentlastung), Verfügung Nr. 146
- Kanton St. Gallen, Gemeinde Wattwil. Sanierung der Wildbäche, Verfügung Nr. 512

### Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Verfügung kann nach Massgabe von Artikel 44ff. des Bundesgesetzes über Verwaltungsverfahren (SR 172.021), Artikel 12 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (SR 451) und Artikel 14 des Bundesgesetzes über Fuss- und Wanderwege (SR 704) innert 30 Tagen seit der Veröffentlichung im Bundesblatt beim Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Eingabe ist im Doppel einzureichen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift des Beschwerdeführers oder seines Vertreters zu enthalten.

Wer zur Beschwerde berechtigt ist, kann innerhalb der Beschwerdefrist beim Bundesamt für Wasserwirtschaft, Ländtstrasse 20, 2501 Biel, nach telefonischer Voranmeldung (Tel. 032 288 773) Einsicht in die Verfügungen und die Projektunterlagen nehmen.

23. Juli 1996

Bundesamt für Wasserwirtschaft

## Notifikation

(Art. 64 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht; VStrR)

*Herrn Andreas Brügger*, geb. 12. August 1974, schweizerischer Staatsangehöriger, früher wohnhaft in Luzernerstrasse 23, 6330 Cham, zurzeit unbekanntem Aufenthaltes, wird folgendes notifiziert:

Das Bundesamt für Kommunikation verurteilte Sie am 9. Juli 1996 wegen Widerhandlung gegen Artikel 57 Absatz 1 Buchstabe a und c des Fernmeldegesetzes (FMG) vom 21. Juni 1991 zu einer Busse von 1000 Franken, unter Auferlegung einer Spruchgebühr von 300 Franken und den Schreibgebühren von 30 Franken.

Dieser Strafbescheid wird Ihnen hiermit eröffnet. Er kann beim Bundesamt für Kommunikation, Zukunftstrasse 44, 2503 Biel, eingesehen werden.

Gegen den Strafbescheid kann innert 30 Tagen seit der Veröffentlichung der vorliegenden Notifikation beim Bundesamt für Kommunikation, Zukunftstrasse 44, 2503 Biel, Einsprache erhoben werden. Diese hat schriftlich zu erfolgen und einen bestimmten Antrag sowie die zur Begründung dienenden Tatsachen zu enthalten; Beweismittel sind zu bezeichnen und, soweit möglich, beizulegen (Art. 68 VStrR). Der Einsprecher kann beantragen, die Einsprache sei direkt als Begehren um Beurteilung durch das Strafgericht zu behandeln (Art. 71 VStrR).

Nach unbenütztem Ablauf der Einsprachefrist wird der Strafbescheid rechtskräftig und vollstreckbar (Art. 67 VStrR).

Sie werden hiermit aufgefordert, den geschuldeten Gesamtbeitrag von 630 Franken innert 30 Tagen nach Eintritt der Rechtskraft des Strafbescheides an das Bundesamt für Kommunikation (Postcheckkonto 30-520-2) zu zahlen. Die nicht bezahlte Busse kann in Haft umgewandelt werden (Art. 10 VStrR).

9. Juli 1996

Bundesamt für Kommunikation

# **Verfügung über die Verkehrsordnung für Strassenfahrzeuge auf SBB-Areal in Baar, Göschenen und Olten**

vom 1. Juli 1996

---

*Die Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen,*

gestützt auf Artikel 2 Absatz 5 des Strassenverkehrsgesetzes vom 19. Dezember 1958<sup>1)</sup>

sowie die Artikel 104 Absatz 4 und 111 Absätze 2 und 3 der Verordnung vom 5. September 1979<sup>2)</sup> über die Strassensignalisation,

*verfügt:*

## **Art. 1**

### **A. Bahnhof Baar**

<sup>1</sup> Das Parkieren von Fahrzeugen ist auf dem ganzen Areal verboten.

*Ausnahmen:*

Parkieren gestattet

- für Motorwagen gemäss den am Signal «Parkieren gegen Gebühr. Zentrale Parkuhr» vermerkten Bestimmungen oder für Inhaber von SBB-Parkplatzkarten auf dem Freiverladeareal nordöstlich des alten Postgebäudes;
- für Kunden im Verkehr mit SBB neben dem Aufnahmegebäude.

<sup>2</sup> Das Befahren des Fussweges ab Höhe Güterschuppenrampe bis Asylstrasse ist für alle Fahrzeuge verboten.

<sup>3</sup> Die Verfügung der Generaldirektion SBB vom 22. Mai 1992<sup>3)</sup> über die Verkehrsverordnung für Strassenfahrzeuge auf SBB-Areal Bahnhof Baar wird aufgehoben.

### **B. Bahnhof Göschenen**

In Buchstabe B. Bahnhof Göschenen der Verfügung der Generaldirektion SBB vom 3. Oktober 1995<sup>4)</sup> über die Verkehrsordnung für Strassenfahrzeuge auf SBB-Areal wird Absatz 1 wie folgt ergänzt:

Zur Gewährleistung der Schneeräumung ist das Parkieren in der Winterzeit vom 1. Dezember bis 31. März zwischen 01.00–07.00 Uhr verboten.

<sup>1)</sup> SR 741.01

<sup>2)</sup> SR 741.21

<sup>3)</sup> BBl 1992 III 812

<sup>4)</sup> BBl 1995 IV 895

### **C. Bahnhof Olten**

<sup>1</sup> Das Befahren des Depotweges sowie das Parkieren im Bereich Depotweg ist für alle Fahrzeuge verboten.

#### *Ausnahmen:*

- Zubringerdienst Lokdepot und SBB-Personal;
- Parkieren gestattet auf den markierten Feldern für Personal SBB mit Parkplatzkarten.

<sup>2</sup> Beim Einfahren vom Depotweg in die Industrie-Strasse ist den Fahrzeugen auf der Industrie-Strasse der Vortritt zu gewähren.

### **Art. 2**

<sup>1</sup> Die Verkehrsordnung wird mit den erforderlichen Verkehrszeichen und Markierungen signalisiert.

<sup>2</sup> Diese Verfügung tritt mit dem Aufstellen der Signale in Kraft. Sie unterliegt der Beschwerde an den Bundesrat nach Artikel 72 Buchstabe c des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren<sup>1)</sup>.

1. Juli 1996

Generaldirektion  
der Schweizerischen Bundesbahnen  
Der Präsident: Weibel

<sup>1)</sup> SR 172.021

## Bekanntmachungen der Departemente und Ämter

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1996
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	29
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.07.1996
Date	
Data	
Seite	308-336
Page	
Pagina	
Ref. No	10 053 944

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.